Stand: 10.07.2025 02:38:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/11223

"Technologieoffenheit und solide Energieversorgung statt EEG-Planwirtschaft"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/11223 vom 12.11.2020
2. Plenarprotokoll Nr. 60 vom 12.11.2020
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/12733 des WI vom 26.11.2020
4. Beschluss des Plenums 18/17401 vom 21.07.2021
5. Plenarprotokoll Nr. 89 vom 21.07.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.11.2020 **Drucksache** 18/**11223**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Josef Seidl, Uli Henkel, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Dr. Ralph Müller** und **Fraktion (AfD)**

Technologieoffenheit und solide Energieversorgung statt EEG-Planwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für folgende Änderungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) einzusetzen:

1. Bei Anlagen im Sinne von § 3 Nr. 1 EEG, die nach dem 31.12.2021 in Betrieb genommen werden, besteht kein Anspruch auf Zahlungen gemäß § 19 EEG, wobei eine angemessen kurze Übergangsfrist für solche Anlagen vorzusehen ist, mit deren Errichtung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Änderungsgesetzes bereits begonnen wurde.
2. Der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien gemäß § 11 EEG sowie darauf aufbauende Bestimmungen müssen gestrichen werden. Außerhalb dieses Gesetzes muss für eine adäquate, marktwirtschaftlich orientierte Regelung der energetischen Einspeisung gesorgt werden.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Abschaffung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) und damit gegen den ab 2021 startenden nationalen Emissionshandel einzusetzen. Überdies soll sie auf Bundesebene für eine umfassende Offensive zur technologieoffenen Förderung der Energieforschung werben.

Begründung:

Die Energieversorgung muss auf einem soliden marktwirtschaftlichen Fundament aufgebaut sein. Zentrale Aspekte hierfür sind Rechtssicherheit für Energieversorger sowie Netzbetreiber, Planungssicherheit und kostengünstige Erzeugung.

Das EEG hingegen ist ein planwirtschaftliches Instrument, welches zu massiven Fehlallokationen, Preissteigerungen sowie zu einer volatilen Stromproduktion („Zappelstrom“) führt, die sich nicht am Bedarf orientiert. Die prognostizierten Kosten der Energiewende betragen bis 2025 mindestens 400 Mrd. Euro, bereits jetzt hat Deutschland durch den EEG-geförderten Ausbau die höchsten Strompreise in Europa. Gleichzeitig sind seitens der Netzbetreiber immer umfangreichere Maßnahmen und Kosten notwendig, um den unberechenbaren Wind- und Solarstrom aufzunehmen und damit einen großflächigen Blackout zu verhindern bzw. um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Ein Gesamtkonzept ist nicht erkennbar, da auch das Speicherproblem aufgrund der mangelnden Wirtschaftlichkeit nicht gelöst ist und bis auf Weiteres unlösbar bleibt.

Der ab 2021 beginnende nationale Emissionshandel trifft mit seiner Bepreisung von Kraftstoffen insbesondere Pendler und Menschen aus dem ländlichen Raum, die auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen sind. Konkret ist alleine für das Jahr 2021 mit einer Preissteigerung um 7 Cent pro Liter Benzin, 8 Cent pro Liter Diesel,

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

8 Cent pro Liter Heizöl und 0,5 Cent pro kWh Erdgas zu rechnen. Da dieses Vorhaben weder den Umweltschutz voranbringt noch sozial ist, muss es rückgängig gemacht werden.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und insbesondere das EEG haben keinen erkennbaren Einfluss auf den Ausstoß von Treibhausgasen in Europa, wie auch der Ökonom Hans-Werner Sinn bereits vor Jahren erläuterte. Entsprechender Treibhausgasausstoß im Bereich der Stromerzeugung ist vom europäischen Emissionshandel erfasst und gedeckelt. Die zulässige Gesamtmenge an Treibhausgasemissionen sinkt verbindlich jedes Jahr. Nationale Einzelmaßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen führen nur zur Verbilligung der Emissionszertifikate, die von anderen EU-Ländern zur gleich großen Erhöhung ihrer Emissionen verwendet werden dürfen, was auch geschieht („Wasserbetteffekt“). Das deutsche EEG verändert daher die Emissionsgesamtmenge Europas nicht.

Statt sich auf einen engen, von der Politik vorgegebenen Korridor der Förderung von erneuerbaren Energien zu fixieren, muss eine große technologieoffene Offensive zur Förderung sämtlicher Bereiche der Energieforschung angestoßen werden.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Jetzt ist es 17:57 Uhr. Wir können noch zur Abstimmung kommen. Namentliche Abstimmung ist beantragt.

Ich gebe vorher noch bekannt, dass wir keine weiteren Dringlichkeitsanträge mehr aufrufen, sondern wir werden alle Dringlichkeitsanträge an die zuständigen Ausschüsse verweisen.

Damit eröffne ich den Abstimmungsvorgang für drei Minuten. Ich bitte um namentliche Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 17:57 bis 18:00 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses. Ich nehme an, dass das zwei, drei Minuten dauern wird.

(Unterbrechung von 18:00 bis 18:01 Uhr)

Ich eröffne die Sitzung wieder und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD auf Drucksache 18/11192 betreffend "Grundrechte schützen – Änderung des Infektionsschutzgesetzes unterbinden" bekannt. Mit Ja haben 14 Abgeordnete, mit Nein 96 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen schönen Nachhauseweg und darf die Sitzung hiermit schließen.

(Schluss: 18:02 Uhr)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.11.2020 **Drucksache** 18/**12733**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/**11223**

Technologieoffenheit und solide Energieversorgung statt EEG-Planwirtschaft

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatter: **Rainer Ludwig**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 32. Sitzung am 26. November 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 21.07.2021 **Drucksache** 18/**17401**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Josef Seidl, Uli Henkel, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**11223**, 18/**12733**

Technologieoffenheit und solide Energieversorgung statt EEG-Planwirtschaft

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Gerd Mannes
Abg. Alexander König
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Rainer Ludwig
Abg. Annette Karl
Abg. Albert Duin

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
Technologieoffenheit und solide Energieversorgung statt EEG-Planwirtschaft
(Drs. 18/11223)

Ich gebe bekannt, dass die AfD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktion beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Als ersten Redner rufe ich Herrn Gerd Mannes von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Unsere Wirtschaft und Bevölkerung leiden nach wie vor unter den Auswirkungen der Corona-Politik der Staatsregierung. Alleine schon der Anstand gebietet es für jeden Politiker, in solchen Situationen finanzielle Entlastungen für die Bürger anzustreben. Doch nicht so die Regierungen der etablierten Parteien. Das wurde heute wieder bei der Regierungserklärung deutlich. Klima und Wohlstand sollen mit Subventions- und Planwirtschaft zusammengebracht werden. Neben leeren Phrasen will die Staatsregierung auf nicht grundlastfähige, teure und unsichere Energieerzeugung setzen und dafür die Schuldenbremse auflösen. Sie alle wollen den sogenannten Klimaschutz ohne Rücksicht auf Verluste bis aufs Äußerste ausreizen. Dabei zahlt eine durchschnittliche Familie bereits jetzt über Umlagen, Steuern und Abgaben bis zu 1.000 Euro jährlich für vermeintlichen Klimaschutz. Lässt sich das Weltklima wirklich retten, indem man die Bevölkerung gnadenlos abzockt? – Nein. Ihnen allen ist völlig gleichgültig, welch verheerenden finanziellen und somit sozialen Auswirkungen ihre Politik hat. Ihnen ist egal, dass jedes Jahr Hunderttausenden Menschen der Strom abgestellt wird, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Ihnen ist auch egal, dass mit jedem ab-

geschalteten Grundlastkraftwerk die Gefahr eines großflächigen Stromausfalls zunimmt. All diese Fehlentwicklungen werden durch das planwirtschaftliche EEG überhaupt erst möglich. Über § 19 des EEG werden Verbraucher dazu gezwungen, vollkommen unwirtschaftliche Zappelstromanlagen zu subventionieren. Wir sprechen hier immerhin von 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Wir fordern mit unserem Antrag deswegen die Streichung dieses volkswirtschaftlich schädlichen Mechanismus. Über den Einspeisevorrang gemäß § 11 EEG werden wirtschaftliche und zuverlässige Grundlastkraftwerke künstlich unrentabel gemacht und die Betreiber zur Stilllegung gezwungen. Wir fordern daher die Streichung des Einspeisevorrangs. Damit Sie verstehen, warum dies notwendig ist, will ich Ihnen ein anschauliches Beispiel aus Bayern liefern. Ministerpräsident Söder spricht gern davon, dass Bayern ein Hightech-Standort sei. Am Standort Irsching steht tatsächlich ein absolutes Prachtstück deutscher Ingenieurskunst. Die Rede ist von Block 5 des dortigen Gaskraftwerks. Block 5 war zum Zeitpunkt seiner Inbetriebnahme im Jahr 2010 eines der weltweit modernsten Gaskraftwerke, aber nur zwei Jahre nach Inbetriebnahme mussten die Betreiber die Stilllegung beantragen, weil sie aufgrund der Marktmechanismen des EEG nicht ans Netz konnten. Man hat also für rund 500 Millionen Euro eine hocheffiziente, zuverlässige Anlage errichtet, aber das EEG macht sie unwirtschaftlich. Dies ist nur ein Beispiel dafür, zu welch irren Auswüchsen Ihre sogenannte Energiepolitik führt. Mit diesem planwirtschaftlichen Unsinn muss Schluss sein, auch weil Deutschland schon jetzt die teuersten Strompreise hat.

Mit unserem Antrag beheben wir die energiepolitisch größten Mängel des EEG. Sowohl Einspeisevorrang als auch Einspeisevergütung müssen binnen angemessener Fristen gestrichen werden. Die Energiepolitik muss endlich wieder zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückfinden. Die Staatsregierung muss dafür ihren Einfluss auf Bundesebene geltend machen, was wir mit unserem Antrag erreichen wollen. Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Soweit ich dies jetzt gehört habe, Herr Kollege Mannes, haben Sie zwar interessante Ausführungen vorgenommen, aber nicht wirklich zum Antrag gesprochen. In dem Antrag vom November 2020, der im Juli 2021 im Plenum angelangt ist, fordern Sie konkrete Änderungen des EEG 2021. Damit kommt der Antrag nicht nur jetzt zu spät, sondern er kam von Anfang an zu spät. Schon als Sie den Antrag im November 2020 eingereicht haben, war die Beratung des EEG 2021 weit fortgeschritten und im Bundesrat bereits abgeschlossen. Die Endabstimmung im Bundestag fand kurz vor Weihnachten statt. Nun heute diesen Antrag zu behandeln, ist jenseits von Gut und Böse, führt zu nichts und träufelt den Menschen, die vielleicht hören, was Sie hier erzählen, irgendetwas in die Augen, ist aber schier unmöglich. Sie hätten den Antrag vor einem Dreivierteljahr stellen müssen und nicht heute. Schon aus diesem Grund muss der Antrag abgelehnt werden.

(Zuruf)

Wenn Sie darüber hinaus im Antrag fordern, das Brennstoffemissionshandelsgesetz quasi abzuschaffen, aber gleichzeitig davon sprechen, dass Sie marktwirtschaftliche Instrumente befördern wollen, kann ich dafür nur zwei Gründe vermuten: Entweder Sie sehen es als nicht erforderlich an, die Energiewende herbeizuführen – dann kann man natürlich auf ein Brennstoffemissionshandelsgesetz verzichten –, oder Sie halten dies nicht für das richtige Instrument. Wir sind im Gegensatz dazu der Meinung, dass wir den Klimawandel aktiv gestalten müssen und Veränderungen brauchen. Wir setzen dabei gerade auf marktwirtschaftliche Instrumente. Solche marktwirtschaftlichen Instrumente sind zum Beispiel das Brennstoffemissionshandelsgesetz, weil dadurch marktwirtschaftliche Anreize gesetzt werden. Auch aus diesem Grund ist der Antrag abzulehnen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mannes. Bitte, Herr Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Nur zur Richtigstellung: Dass wir jetzt diesen Antrag heute hier besprechen, liegt ja nicht an uns. Außerdem wollte ich sagen: Wir haben den Antrag eingereicht, bevor die Entscheidung gefallen ist. Dass er dann anschließend im Ausschuss behandelt wurde, als die Entscheidung gefallen war, lag auch an der zeitlichen Verzögerung. Das wollte ich noch einmal sagen.

Jetzt möchte ich noch etwas anderes sagen: Sie haben richtigerweise von marktwirtschaftlichen Elementen gesprochen. Das ist eine gute Sache. Dazu habe ich nur zwei Bemerkungen und zwei Fragen. Wenn wir marktwirtschaftlich denken und Sie als CSU marktwirtschaftlich denken, warum haben wir weltweit die höchsten Strompreise? – Man braucht nur in die Nachbarländer zu schauen. Dort sind die Preise halb so hoch. Warum also hat sich das auf die Art und Weise entwickelt? Das wäre die erste Frage. Die zweite Frage bezieht sich auf alles, was die Zertifikate und den Handel mit den Zertifikaten betrifft.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

Gerd Mannes (AfD): Ja, okay.

Alexander König (CSU): Noch einmal, Herr Kollege Mannes: Dieses EEG 2021 ist im Bundestag, aber auch im Bundesrat behandelt worden. Die Bayerische Staatsregierung hat sehr wohl in vielfältiger Weise Einfluss auf die Ausgestaltung des EEG 2021 genommen. Das könnte der Wirtschaftsstaatssekretär jetzt im Einzelnen ausführen, wenn er die Möglichkeit dazu hätte. In manchen Punkten war man erfolgreich, weil man sich durchsetzen konnte. In anderen Punkten war man leider nicht erfolgreich. Aber Ihr Antrag war in jedem Fall zu spät. Er war seinerzeit schon zu spät. Die Behandlung im Bundesrat war schon abgeschlossen. Die endgültige Beschlussfassung im Bundestag war vor Weihnachten.

Warum haben wir den höchsten Strompreis? – Weil wir auch die höchsten Belastungen in Form von Steuern usw. auf dem Strompreis haben. Natürlich trägt auch das EEG dazu bei. Das bestreitet ja niemand. Das ist so. Wir haben hohe Belastungen auf dem Strompreis. Wir vertreten auch als CSU-Fraktion die Meinung, dass wir diese Belastungen namentlich auch für unsere Industrie reduzieren müssen, weil unsere Industrie sonst in Wettbewerbsprobleme kommt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Nächster Redner ist der Abgeordnete der Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten im Jahr 2019 – das sind die aktuellsten Zahlen, die wir haben – 200 Millionen Tonnen CO_2-Einsparungen in Deutschland. Davon entfielen zwei Drittel auf die erneuerbaren Energien im Strombereich. Das ist unser Zugpferd, mit dem wir wirklich Klimaschutz betreiben können. Der Antrag der AfD zielt darauf, dieses Erfolgsmodell, damals von Grün-Rot eingeführt, zu zerschlagen. Das macht überhaupt keinen Sinn.

Das macht auch marktwirtschaftlich keinen Sinn. Windkraft und Sonnenkraft sind die günstigsten Möglichkeiten, Strom herzustellen. Wenn Sie jetzt auf Kohle und Erdgas noch die Umweltschäden draufschlagen würden, die wir momentan durch die Naturkatastrophen und ausgelöst durch den Klimawandel sehen, dann hätten wir noch ganz andere Strompreise. Die erneuerbaren Energien sind sowohl im Hinblick auf den Klimaschutz als auch auf die Marktwirtschaft unschlagbar, und sie werden sich durchsetzen. Ob die AfD dagegen ist oder dafür, das macht keinen Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Stümpfig. – Nächster Redner ist Rainer Ludwig von der FREIE-WÄHLER-Fraktion.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Meine Herren von der AfD, Ihr Antrag schließt nahtlos an Ihre fragwürdigen Ausführungen in der Aussprache zur heutigen Regierungserklärung an. Ihr Antrag ignoriert einmal mehr die Klimaziele selbst. Ebenso verweigern Sie notwendige Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele. Für uns FREIE WÄHLER ist die Marktintegration der erneuerbaren Energien grundsätzlich der Schlüssel zu mehr Klimaschutz. Entgegen Ihren Forderungen aus dem Antrag haben wir längst eine Technologieoffensive gestartet. Das sind die tragenden Säulen für eine nachhaltige, krisenfeste, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung.

Ich möchte aber trotzdem noch ein bisschen näher auf Ihren Antrag eingehen und darauf antworten. Ein Abschaffen der EEG-Zahlungsansprüche und des Einspeisevorrangs würde den Zubau von Erneuerbaren durchaus massiv behindern und auch verhindern. Zwar gibt es einzelne erneuerbare Energien, welche unter bestimmten Voraussetzungen schon außerhalb des EEG wirtschaftlich betrieben werden können, aber der Großteil der Anlagen ist weiterhin auf eine EEG-Förderung angewiesen.

Auch den zweiten Spiegelstrich, Ihre pauschale Forderung nach einer Abschaffung der nationalen CO_2-Bepreisung, lehnen wir im Hinblick auf die Klimaschutzziele ab. Aus volkswirtschaftlicher Sicht hat eine CO_2-Bepreisung gegenüber anderen klimaschutzpolitischen Maßnahmen eben den Vorteil, dass CO_2-Verursacher direkt belastet werden. Die Menschen und die Unternehmen bekommen Anreize und entscheiden selbst, wo und wie sie CO_2 einsparen können.

Wichtig ist uns, dass zur Sicherung der Akzeptanz und sozialen Ausgewogenheit geeignete Kompensationsmöglichkeiten zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger notwendig sind. Das möchte ich schon herausstellen, und da spreche ich nicht für die AfD, sondern für die FREIEN WÄHLER. Ich bin überzeugt, dass die Reduzierung der EEG-Umlage dazu ein erster richtiger Schritt ist. Natürlich liegt es auch uns am Herzen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch entsprechende Maßnahmen gewahrt bleibt.

Zum Thema des Beratungstermins Ihres Antrags möchte ich weiter nichts mehr sagen. Den Antrag heute, nach einem Dreivierteljahr, hochzuziehen, ist ganz einfach ein Fauxpas. Sie wissen, es gab dazu bereits im September 2020 eine Entwurfsvorlage mit großer energiepolitischer Tragweite; Herr König hat das bereits sehr ausführlich ausgeführt. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat die bayerischen Anliegen an den Bund herangetragen und insgesamt 22 Anträge gestellt. Fast alle sind vollständig in der genannten Stellungnahme des Bundesrates wiederzufinden. Mein Dank gilt daher auch unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, der sich hier vehement eingebracht und signifikante Verbesserungen für den Freistaat erreicht hat.

Natürlich gibt es in manchen Bereichen noch Nachbesserungsbedarf. Nach der EEG-Reform ist vor der EEG-Reform. Wir FREIE WÄHLER werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass dort, wo es notwendig ist, nachgesteuert wird. Energiepolitik ist für uns eine Daueraufgabe, um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen. Meine Herren von der AfD, das steht im Gegensatz zu Ihrem Antrag, wenn Sie darin schreiben – den letzten Satz darf ich zitieren –: "Der Ausbau der erneuerbaren Energien und insbesondere das EEG haben keinen erkennbaren Einfluss auf den Ausstoß von Treibhausgasen […]."

Da muss ich ganz einfach sagen: Sie haben den Klimaschutz und die Klimawende inhaltlich überhaupt nicht verstanden. Sie leugnen den Klimawandel. Sie setzen weiterhin auf Kernenergie. Nicht das EEG, sondern Ihr ideologischer Ansatz ist absurd. Er strotzt vor planwirtschaftlichen Elementen, ist nicht zielführend und bewegt sich im Gestern. Deshalb lehnen wir ihn auch ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön, Herr Kollege Ludwig. – Als nächste Rednerin rufe ich – –

(Gerd Mannes (AfD): Entschuldigung, wir haben eine Intervention!)

– Herr Mannes, Sie haben vollkommen recht. Die Zwischenbemerkung war auch rechtzeitig angemeldet. Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): In Bayern stoßen wir ungefähr 0,3 % des weltweit ausgestoßenen CO_2 aus. Das hat natürlich keinen Einfluss. Deswegen ist es egal, was wir hier machen. Es hat fast keinen Einfluss.

Sie haben richtig gesagt, dass Ihre Partei die der Planwirtschaft ist. Sie haben gerade gesagt, die Erneuerbaren Energien können nur mit dem EEG zugebaut werden, sonst sind sie nicht wirtschaftlich. Sie wollen das über eine Steuer finanzieren. Das ist natürlich nur ein Umverteilen von der linken in die rechte Tasche. Das heißt, das Geld geht volkswirtschaftlich sowieso verloren.

Ich komme zu meiner Frage: Wie stehen Sie zur Windkraft? Wir schalten demnächst das Kernkraftwerk Gundremmingen ab. Das hat ungefähr ein Äquivalent von 2.500 Windrädern. Bei einer Rückverstromung über die Speicherung von Wasserstoff wären es ungefähr 7.500. Wie wollen Sie diesen Ausbau schaffen? Sie haben das heute in Ihrer Regierungserklärung nicht gesagt. Bitte nehmen Sie dazu Stellung.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Mannes, ich glaube, wir haben das Thema Windkraft und unter anderem auch die 10-H-Regelung hier ausführlich behandelt. Alles andere wurde heute mehrfach ausführlich auch in der Regierungserklärung benannt. Ich muss das Gesagte nicht wiederholen und halte Ihre Frage für obsolet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Annette Karl für die SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die SPD setzt sich in Bund und Land schon seit Langem für eine soziale

Ausgestaltung der Klimawende ein. Wir haben dazu schon viele Vorschläge vorgelegt. Das ist auch heute in der Erwiderung auf die Regierungserklärung deutlich geworden.

Auf Bundesebene möchten wir die EEG-Umlage langfristig auf null setzen und die Zahlungen, die aus der EEG-Umlage geleistet werden, mit den Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung finanzieren. Das wäre für die Bürgerinnen und Bürger eine sehr deutliche Entlastung bei ihrer Stromrechnung und würde ihnen auch unter dem sozialen Aspekt zugutekommen.

Der Antrag der AfD ist nur ein erneuter untauglicher Versuch, das Thema Atomenergie durch die Hintertür wieder salonfähig zu machen. Ich bitte Sie eindringlich, endlich zu kapieren, dass dieser Zug in Deutschland abgefahren ist. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön, Frau Karl. – Der nächste Redner ist Albert Duin für die FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag von der AfD ist schon uralt. Wir haben ihn im Wirtschaftsausschuss schon hin und her beraten. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz und seine Ausgestaltung haben auch wir zwar immer kritisiert, wir sind aber natürlich für einen Emissionshandel mit einem harten CO_2-Deckel. Nur der bringt uns weiter. Außerdem hat sich tatsächlich einiges getan. Der CO_2-Ausstoß in Deutschland und Bayern hat sich deutlich verringert. Das sollte man schon sehen.

Das ganze Thema wird sowieso auf europäischer Ebene verhandelt und ist eigentlich abgeschlossen. Durch das "Fit for 55"-Paket der Kommission wurde klar, dass es für die Sektoren Verkehr und Gebäude ein eigenes europäisches Emissionshandelssystem geben wird, welches das deutsche überflüssig macht.

Der AfD geht es grundsätzlich darum, Stimmen zu gewinnen. Von wegen, es wird immer billiger für die Leute! Das wird es eben nicht. CO_2 müssen wir bepreisen, wie

Annette Karl das eben schon gesagt hat; denn wenn das EEG irgendwann einmal wegfällt, dann muss das irgendwie finanziert werden. Deswegen halten wir den Antrag der AfD für falsch und überholt.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Herr Mannes hat noch eine Zwischenbemerkung.

Gerd Mannes (AfD): Ich habe gerade aufmerksam zugehört. Tatsächlich ist es so: Wenn wir Steuern und Abgaben erhöhen, dann wird es nicht teurer – das hast du zumindest eben gesagt.

Jetzt aber noch einmal zum nationalen und zum europäischen Emissionshandel. Wir kritisieren in unserem Antrag den nationalen Emissionshandel. Es kann schon sein, dass der irgendwann mal wieder wegfällt, wenn sich die Regelungen ändern. Aber selbst wenn wir einen europäischen Emissionshandel haben, dann haben wir immer noch das Problem, dass wir weltweit benachteiligt werden.

Wir alle wissen, dass Albert Duin Unternehmer ist. Wie wirkt sich das auf die Unternehmen aus? Ist dieser deutsche und europäische Emissionshandel ein Vorteil oder ein Nachteil?

Albert Duin (FDP): Ich als Unternehmer kann dir nur sagen: Wenn die EEG-Umlage wegfällt und es zu einer CO_2-Bepreisung kommt, ich durch aktive Umstellung meiner Produktionsmöglichkeiten CO_2 einsparen kann, dann habe ich auf jeden Fall gewonnen. Deswegen ist die Bepreisung von CO_2 auf alle Fälle für die Zukunft der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kom-

men nun zur namentlichen Abstimmung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 14:15 bis 14:19 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist zu Ende. Das Ergebnis werden wir später bekannt geben.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Bauer. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich das Ergebnis der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 23 bekannt. Das war der Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten der AfD-Fraktion betreffend "Technologieoffenheit und solide Energieversorgung statt EEG-Planwirtschaft" auf Drucksache 18/11223. Mit Ja haben 8 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 97 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.07.2021 zum Tagesordnungspunkt 23: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion AfD; Technologieoffenheit und solide Energieversorgung statt EEG-Planwirtschaft (Drucksache 18/11223)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra			
Hofmann Michael			
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Dr. **Spitzer** Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas			
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	8	97	1